



Frau Ministerin
Nicole Razavi
Vorsitzende der Bauministerkonferenz
Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen
des Landes Baden-Württemberg
Theodor-Heuss-Straße 4

70174 Stuttgart

20. November 2023

Normen-Moratorium im Bau

Beschlussantrag des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen zur 142. Bauministerkonferenz am 23./24.11.2023 in Baden-Baden auf regulatorisches Einfrieren von M-BO und M-VVTB

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

bekanntlich plant das Bundesland Nordrhein-Westfalen, zur kommenden Bauministerkonferenz einen Beschlussvorschlag für ein regulatorisches Einfrieren von M-BO und M-VVTB bis zum 01.01.2027 einzubringen (sog. Normen-Moratorium).

Als Begründung für den Beschlussantrag wird im Wesentlichen angeführt, dass die Normensetzung eine nicht „unwesentliche Rolle“ bei der Steigerung von Baukosten spiele. Durch das „Einfrieren“ von M-BO und M-VVTB sollen angeblich neue Baukostensteigerungen vermieden werden.

Die Bundesvereinigung der Prüferingenieure für Bautechnik e.V. (BVPI) spricht sich nachdrücklich gegen einen Beschluss auf ein regulatorisches Einfrieren von M-BO und M-VVTB aus, denn es ist in keiner Weise erkennbar, wie Kostensteigerungen über ein Normen-Moratorium nennenswert vermieden werden können.

In diesem Zusammenhang ist zunächst festzuhalten, dass die wesentlichen Kostentreiber für gestiegene Baukosten nicht Normen, sondern

- a) zeitraubende, auf die ständig anwachsenden und durch den Gesetzgeber vorgegebenen, bürokratischen und verwaltungsrechtlichen Rahmenbedingungen zurückzuführende, ausufernde Baugenehmigungsverfahren,
- b) kostentreibende, zu Lasten des Bauherrn gehende Absicherungsstrategien sämtlicher am Bau Beteiligter, um den Konsequenzen der inzwischen überbordenden Verjudizierung des Bauens zu entgehen,

- c) kontinuierlich steigende, durch Gerichte bestätigte, gesellschaftliche Mindeststandards - Stichwort „mittlerer Art und Güte“ -,
- d) höhere Anforderungen der Bauherren an die jeweiligen Bauwerke,
- e) Veränderungen am Kapitalmarkt / Zinssteigerungen,
- f) darauf zurückzuführende, steigende Materialkosten,
- g) ein gestiegenes Lohnniveau sowie
- h) steigende Grundstückspreise sind.

Schon vor diesem Hintergrund wird mehr als deutlich, dass ein Normen-Moratorium kein geeignetes Instrument ist, um zukünftige Baukostensteigerungen zu vermeiden.

Dazu kommt, dass mit dem zur Beschlussfassung vorgelegten Moratorium völlig undifferenziert sämtliche Normen, unabhängig von deren Wichtigkeit für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für gesellschaftlich hoch relevante Entwicklungsziele, eingefroren werden sollen.

Sofern überhaupt über ein Moratorium nachgedacht werden soll, muss zunächst eine Priorisierung der Normen nach Wichtigkeit und Kostenauswirkung erfolgen. Dies ist aber bisher, auch wegen der noch immer nicht eingerichteten unabhängigen Stelle zur Überprüfung von Folgekostenabschätzungen im Normenprozess, nicht erfolgt.

Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass auch die im BVPI zusammengeschlossenen Prüferingenieurinnen und Prüferingenieure durchaus Mängel und Verbesserungspotential bei der aktuellen Ausarbeitung, Überarbeitung und Anwendung von Normen im Baubereich wahrnehmen.

Dieses Verbesserungspotential muss aber differenziert und unter Beachtung wichtiger Zielvorgaben, wie beispielsweise der Standsicherheit und dem Brandschutz, identifiziert und gehoben werden. Eine pauschale Regelung für und gegen sämtliche Normen aus M-BO und M-VVTB hilft an dieser Stelle nicht weiter.

Nicht wirklich durchdacht ist darüber hinaus, dass ein Normen-Moratorium keineswegs zu einem Ruhen der technischen Weiterentwicklung im Baubereich führt. Vielmehr ist zu befürchten, dass nach dem Auslaufen eines Moratoriums ein regulatorischer Umsetzungsstau vorherrschen wird, und dadurch zusätzliche Planungsunsicherheit und Kosten entstehen.

Insgesamt lässt sich damit festhalten, dass der vorliegende Beschlussvorschlag für ein Normen-Moratorium weder geeignet noch ausreichend differenziert ist, um das Ziel weiterer Kostensteigerungen im Baubereich in nennenswertem Umfang zu erreichen.

Im Gegenteil, durch die mit einem Normen-Moratorium verbundenen Unsicherheiten hinsichtlich möglicher juristischer Anspruchsszenarien, werden Kostensteigerungen durch das Normen-Moratorium unvermeidbar werden.

Potenzielle Ansatzpunkte für eine nennenswerte Eindämmung von Kostensteigerungen sieht die BVPI dagegen zum Teil bei rein ausgestaltenden Regelungen der M-BO und der



M-VVTB, die über reine bauaufsichtliche Schutzziele hinausgehen (z.B. Stellplatzverordnungen, Schallschutz, 26°-Urteil und damit verbundene Anforderungen an Haustechnik und Wärmeschutz oder Regelungen zur Barrierefreiheit).

Ein weiterer Ansatzpunkt liegt in einer weitergehenden Vereinheitlichung der Landesbauordnungen. Und auch über das private Baurecht könnten, durch Erleichterungen zur freien Vereinbarung von Standards, Baukosten nennenswert verringert werden.

In diesem Sinne hoffen wir, dass der Beschlussantrag aus Nordrhein-Westfalen - sofern er denn tatsächlich auf der Bauministerkonferenz eingebracht wird - keine Mehrheit findet.

Mit freundlichen Grüßen

Dr.-Ing. Hartmut Kalleja
- Präsident -

Prof. Dr.-Ing. Robert Hertle
- Vorstandsmitglied Bautechnik -